

Angelina Keil

Wirtschaftschronik

II. Quartal 2010

Abgeschlossen am 30. Juni 2010. • E-Mail-Adresse: Angelina.Keil@wifo.ac.at

Zur Stabilisierung des Euro beschließen die Europäische Kommission, die Euro-Länder und der IWF ein Hilfspaket für jene Euro-Länder, die durch ihre hohe Staatsverschuldung in Zahlungsschwierigkeiten geraten könnten. Ein eigens für Griechenland gestaltetes Hilfspaket wird bereits in Anspruch genommen. Umfangreiche Maßnahmen zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte beschließen Griechenland, Spanien und Deutschland. Mit der in der Dodd-Frank Act formulierten umfassenden Finanzmarktreform reagiert die Regierung der USA auf die durch Spekulationsblasen ausgelöste Bankenkrise. – Die Explosion einer Bohrinself im Golf von Mexiko entwickelt sich zu einer Umweltkatastrophe.

15. April: Die europäischen Luftfahrtsüberwachungsbehörden sperren Teile des europäischen Luftraumes, da nach dem Ausbruch des isländischen Vulkans Eyjafjallajökull eine Aschewolke die Flugsicherheit beeinträchtigt. Ab 24. April wird der Flugverkehr in den meisten europäischen Ländern wieder aufgenommen. Während dieses Zeitraumes wurden nach Schätzungen der Eurocontrol bis zu 100.000 Flüge gestrichen, davon waren 10 Mio. Passagiere betroffen.

16. April: Die Börsenaufsichtsbehörde der USA, SEC, bringt gegen Goldman Sachs eine zivilrechtliche Klage wegen Anlegerbetrugs ein. Investoren seien hintergangen worden, da man ihnen die Risiken eines komplexen Investmentproduktes vorenthalten habe. Das Produkt war mit Subprime-Hypotheken gekoppelt. Für die Anleger entstand dadurch ein Schaden von 1 Mrd. \$.

20. April: Im Golf von Mexiko explodiert vor der Küste von Louisiana die im Auftrag des britischen Konzerns BP betriebene Bohrinself "Deep Water Horizon". Täglich fließen aus dem Bohrloch in 1.500 m Tiefe zwischen 4 Mio. l und 14 Mio. l Rohöl ins Meer (25.000 bis 84.000 Barrel). Die Regierung der USA erklärt den nationalen Notstand. BP schätzt, dass sich noch 7 Mrd. l Öl in der betroffenen Ölquelle befinden. Die Versuche, den Ausfluss zu stoppen scheitern.

23. April: Griechenlands Ministerpräsident Papandreou beantragt Finanzhilfe der Euro-Länder und des IWF, um einen drohenden Staatsbankrott abzuwenden: Am 19. Mai 2010 benötigt die Regierung für die Rückzahlung einer Staatsanleihe 8,5 Mrd. €.

30. April: Die Rating-Agentur Standard & Poor's stuft spanische Staatsanleihen von AA+ auf AA herab. Griechische Staatsanleihen, die bereits unter BBB als "Junk" eingestuft wurden, werden mit einem Risikoaufschlag von 9,63% über den deutschen Staatsanleihen gehandelt.

2. Mai: Anlässlich einer Sondersitzung der Finanzminister der EU-Länder wird in Brüssel das Hilfspaket für Griechenland über insgesamt 110 Mrd. € aktiviert. Diese Mittel stellen die Euro-Länder (80 Mrd. €) und der IWF (30 Mrd. €) für die nächsten drei Jahre zur Deckung der Finanzbedürfnisse bereit. Bereits im ersten Jahr werden von den Euro-Ländern (ohne Griechenland) 30 Mrd. € ausgezahlt. Als Aufteilungsschlüssel gilt der Anteil der Länder am Kapital der EZB. Der Erfolg der Hilfsleistungen wird vierteljährlich vom IWF überprüft. Voraussetzung für die Freigabe der Finanzmittel ist eine

Ausland

Sperre europäischer Luftraum

Goldman Sachs: Klage

Explosion Bohrinself

Griechenland: Hilfspaket

Griechenland: Staatsanleihen

Griechenland: Hilfspaket

Einigung mit der Europäischen Kommission, den Euro-Ländern und dem IWF über ein Reformprogramm der griechischen Regierung. So soll das Haushaltsdefizit von derzeit 13,6% des BIP bis 2014 auf 3% des BIP gesenkt werden. Die griechische Regierung will bis 2013 30 Mrd. € einsparen, und zwar über eine Kürzung der Sonderzahlungen an Beschäftigte des öffentlichen Dienstes, eine Senkung der Beamtenpensionen und die Anhebung des Pensionsantrittsalters für Frauen von 60 auf 65 Jahre. Auf der Einnahmeseite tragen die Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes sowie die Anhebung der Abgaben auf Treibstoffe und Tabak um 10% bei. Das Gesetz soll bis 7. Mai 2010 vom Parlament beschlossen werden. In Griechenland werden landesweite Streiks ausgerufen.

Griechenland:
Staatsanleihen

3. Mai: Als Reaktion auf Griechenlands Konsolidierungs- und Reformprogramm hebt die EZB die Bonitätsschwellenwerte für Sicherheiten bei Kreditgeschäften im Eurosystem für griechische Staatspapiere auf.

United Airlines,
Continental Airlines

United Airlines und Continental Airlines schließen sich zusammen. Die neue Fluggesellschaft ist damit Weltmarktführer und erreicht mit 90.000 Beschäftigten und 700 Flugzeugen einen geschätzten Jahresumsatz von 29 Mrd. \$.

Dow-Jones-Index

6. Mai: Der Leitindex Dow Jones fällt an der New York Stock Exchange kurzfristig um fast 1.000 Punkte, erholt sich aber im Laufe des Tages wieder und schließt mit einem Verlust von 3,2%. Als mögliche Ursache werden eine technische Panne im Handelssystem und mangelhafte Kontrollmechanismen gesehen.

Freddie Mac

8. Mai: In den USA weist die Hypothekarbank Freddie Mac einen Quartalsverlust von 8 Mrd. \$ aus und benötigt vom Staat weitere 10,6 Mrd. \$. Die zwei Hypothekenfinanzierer Fannie Mae und Freddie Mac haben in den USA bisher staatliche Hilfe im Ausmaß von 137 Mrd. \$ erhalten.

Europäischer Finanz-
stabilisierungsmechanismus

10. Mai: Anlässlich einer Sondersitzung des Ecofin-Rates wegen der Kursverluste des Euro einigen sich die Finanzminister der EU-Länder auf den "europäischen Finanzstabilisierungsmechanismus" im Umfang von 500 Mrd. €. Mit den zusätzlichen Mitteln des IWF von 250 Mrd. € steht ein Rettungspaket für Euro-Länder in Zahlungsschwierigkeiten von 750 Mrd. € bereit. Die EU kann bis zu 60 Mrd. € als Kredite an in Not geratene Euro-Länder vergeben. Das Geld wird auf dem Kapitalmarkt aufgenommen, etwaige Ausfälle werden von den EU-Ländern gedeckt. Über eine "Zweckgesellschaft" der Euro-Länder stehen weiters 440 Mrd. € zur Verfügung (siehe weiter unten, 7. Juni).

Griechenland: IWF

10. Mai: Das Exekutivdirektorium des IWF stimmt der Hilfe für Griechenland im Ausmaß von 30 Mrd. € zu, um ein Übergreifen der Krise auf andere Euro-Länder zu verhindern. Dies ist der größte Betrag, der bisher einem Land vom IWF zugesprochen wurde. Die erste Tranche von 5,5 Mrd. € wird sofort überwiesen, weitere Zahlungen werden nach vierteljährlichen Reports freigegeben. Die Finanzierung erfolgt zur Hälfte aus den beim IWF eingezahlten Mitteln und weiters aus bilateralen Kreditlinien zwischen IWF und verschiedenen Notenbanken.

Der IWF¹⁾ weist auf die großen Unsicherheiten der griechischen Wirtschaft und die damit verbundenen Erfolgsrisiken des Hilfsprogramms hin.

Griechenland: Hilfspaket

11. Mai: Die griechische Regierung fordert eine erste Tranche von 20 Mrd. € aus dem Rettungspaket der EU und des IWF an, um die kurzfristig fälligen Staatsanleihen zurückzuzahlen.

Deutschland: ungedeckte
Leerverkäufe

19. Mai: In Deutschland gilt bis 31. März 2011 ein Verbot von ungedeckten Leerverkäufen und ungedeckten Credit Default Swaps auf Staatsanleihen der Eurozone.

Spanien: Sparprogramm

27. Mai: Das spanische Parlament verabschiedet ein umfassendes Sparprogramm, um das Haushaltsdefizit von derzeit 11,2% des BIP zu verringern. Bis Ende 2011 sind Einsparungen von 15 Mrd. € vorgesehen. So werden die Beamtengehälter ab Juni 2010 um durchschnittlich 5% gesenkt und 2011 eingefroren. 2011 werden auch die Pensionen nicht angehoben. Im Bereich der öffentlichen Investitionen werden in den nächsten zwei Jahren 6 Mrd. € eingespart. Eine Baby-Prämie von 2.500 € wird gestrichen.

¹⁾ IMF, "Greece: Staff Report on Request for Stand-By Arrangement", IMF Country Report, 2010, (10/110).

2. Juni: Der britische Versicherungskonzern Prudential zieht sein Angebot für die Übernahme des Asiengeschäftes der American International Group (AIG) zurück²⁾.

Prudential: AIG

6. Juni: Ein Treffen der Finanzminister und Notenbankdirektoren der G 20 in Pusan (Südkorea) dient als Vorbereitung für das G-20-Treffen in Toronto. Uneinigkeit herrscht über die Einführung einer Bankensteuer. Ziel der G 20 ist, über eine gut koordinierte Wirtschaftspolitik "die wirtschaftliche Erholung zu schützen und die Aussicht auf Wachstum und Arbeitsplätze zu stärken". Priorität hat der Schuldenabbau der Länder. Dazu sollten ab 2011 Sparprogramme umgesetzt werden. Der IWF rechnet bis 2014 mit einer Verschuldung der reichen Länder von 120% des BIP (derzeit 80% des BIP).

G-20-Treffen

7. Juni: Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel stellt die Eckpunkte für den Haushaltsentwurf 2011 und den Finanzplan bis 2014 vor. Ziel ist, bis 2013 wieder den Vorgaben des europäischen Stabilitätspaktes zu entsprechen. Das Sparpaket im Gesamtumfang von 80 Mrd. € basiert auf jährlichen Einsparungen von 11,2 Mrd. € (2011), 19,12 Mrd. € (2012), 23,72 Mrd. € (2013) und 27,62 Mrd. € (2014). Diese Konsolidierungsmaßnahmen sollen je zu einem Drittel von der Wirtschaft, dem Sozialbereich und der Bundesverwaltung getragen werden. Der Bereich "Bildung und Forschung" wird als einziger von den Sparmaßnahmen ausgenommen und erhält bis 2013 12 Mrd. € an zusätzlichen Mitteln.

Deutschland: Sparpaket

Auf der Einnahmenseite sind ein "steuerlicher Ausgleich der Kernenergiewirtschaft" (jährlich 2,3 Mrd. €), eine ökologische Luftverkehrsabgabe (1 Mrd. €), die Kürzung der Subventionen für die Ökosteuern der Industrie (1,5 Mrd. €) und eine Anhebung der Dividende der Deutschen Bahn (0,5 Mrd. €) vorgesehen. Auf der Ausgabenseite ergeben sich Einsparungen im Bereich "Arbeitsmarkt und Soziales" (z. B. Abschaffung des Zuschusses an die Rentenversicherung für die Personen mit Harz-IV-Bezügen sowie des Elterngeldes) und in der Verwaltung (Wegfall von 15.000 Stellen in der öffentlichen Verwaltung, Kürzung von Bezügen über den Wegfall des erhöhten Weihnachtsgeldes). Eine Verringerung der Truppenstärke der Bundeswehr um 40.000 Personen ist vorgesehen.

7. Juni: Die Finanzminister der Euro-Länder beschließen die Gründung der "Zweckgesellschaft", die an hochverschuldete Euro-Länder in Notsituationen bis zu 440 Mrd. € bereitstellen kann. In diese Aktiengesellschaft bringen die Euro-Länder nach dem Anteil am Kapital der EZB Garantien ein, um bei Bedarf Kredite aufzunehmen (Österreichs Anteil beträgt 12,6 Mrd. €). Die Kredite würden an notleidende Euro-Länder weitergegeben. Die kreditnehmenden Länder müssen sich verpflichten, ein von der Europäischen Kommission und dem IWF auferlegtes und überwacht Sanierungsprogramm umzusetzen.

Euro-Länder:
"Zweckgesellschaft"

17. Juni: Anlässlich der Tagung des Europäischen Rates bekennen sich die EU-Länder dazu, die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen sicherzustellen und die Haushaltsziele unverzüglich zu erreichen. Die einzelnen Länder werden in der Haushaltskonsolidierung unterschiedlich rasch vorgehen. Zu bevorzugen sind wachstumsfreundliche Konsolidierungsstrategien, die die Ausgabenzurückhaltung in den Mittelpunkt stellen. Als vorrangige Aufgabe gilt die Steigerung des Wachstumspotentials, um die Haushaltskorrekturen langfristig zu erleichtern.

Europäischer Rat:
"Europa 2020"

"Europa 2020 – Eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum" wird fertiggestellt und bestätigt die 5 Kernziele Steigerung der Beschäftigungsquote der 20- bis 64-Jährigen, Anhebung der Forschungs- und Entwicklungsquote, Erreichung der Klimaschutz- und Energieziele, Verringerung des Anteils der Jugendlichen ohne Schulabschluss und Steigerung der Hochschulabschlüsse, Senkung der Zahl der Armutsgefährdeten³⁾. Die Mitgliedsländer werden aufgefordert, die politischen Prioritäten zu beachten. Die Fortschritte in der Verwirklichung der Kernziele werden regelmäßig überprüft.

²⁾ Keil, A., "Wirtschaftschronik, I. Quartal 2010", WIFO-Monatsberichte, 2010, 84(4), S. 316, http://www.wifo.ac.at/wwwa/jsp/index.jsp?fid=23923&id=39163&typeid=8&display_mode=2.

³⁾ Keil, A., "Wirtschaftschronik, I. Quartal 2010", WIFO-Monatsberichte, 210, 83(4), S. 316, http://www.wifo.ac.at/wwwa/jsp/index.jsp?fid=23923&id=39163&typeid=8&display_mode=2.

Der europäische Binnenmarkt muss durch ein umfassendes Bündel von Initiativen auf eine neue Stufe gestellt werden. Dazu begrüßt der Europäische Rat den von Mario Monti vorgelegten Bericht über eine neue Strategie für den Binnenmarkt⁴⁾.

In den Schlussfolgerungen hält der Rat fest, dass die Krise eindeutige Schwächen der wirtschaftspolitischen Steuerung offengelegt hat, insbesondere in der Überwachung der Budgetpolitik und der Wirtschaftspolitik. Die Verstärkung der wirtschaftspolitischen Koordination hat Priorität. Ein Zwischenbericht der Arbeitsgruppe "Wirtschaftspolitische Steuerung" dient als Grundlage für ein erstes Bündel an Leitlinien. Zur Verschärfung der Vorschriften über die Haushaltsdisziplin vereinbart der Europäische Rat folgende Orientierungslinien:

- Stärkung der präventiven und korrektiven Komponenten des Stabilitäts- und Wachstumspaktes mit Sanktionen im Zusammenhang mit dem mittelfristigen Ziel des Konsolidierungspfades,
- stärkere Beachtung der Schuldenstände und ihrer Entwicklung sowie der weltweiten Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen,
- ab 2011 Übermittlung der Stabilitäts- und Konvergenzprogramme für die nachfolgenden Jahre an die Kommission im Frühjahr, unter Berücksichtigung der nationalen Haushaltsverfahren,
- Bewertung der Übereinstimmung von nationalen Haushaltsvorschriften und mittelfristigem Haushaltsrahmen mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakt durch Rat und Kommission,
- Sicherstellung der Qualität der statischen Daten, die für die Überwachung der Budgetpolitik von Bedeutung sind. Bei der Bereitstellung der Daten durch die Statistikämter sollte vollständige Unabhängigkeit gewährleistet sein.

Ein Abschluss der Arbeitsgruppe wird für die Tagung im Oktober 2010 erwartet.

Bezüglich der Regulierung von Finanzdienstleistungen kommt der Rat überein, die Ergebnisse der von den Bankenaufsichtsbehörden durchgeführten Belastungstests in der zweiten Juli-Hälfte zu veröffentlichen. Eine von der Kommission vorgeschlagene Liste an Initiativen soll vor Ende 2011 abgeschlossen werden⁵⁾. Der Rat empfiehlt den Mitgliedsländern die Einführung einer Bankenabgabe, um die Finanzinstitute an den Kosten der Krise zu beteiligen. Über eine Einführung einer Finanzmarktsteuer besteht kein Konsens. Möglichkeiten zur internationalen Umsetzung dieser von Deutschland und Frankreich geforderten Steuer sollen anlässlich des G-20-Gipfels am 26. und 27. Juni 2010 in Toronto diskutiert werden.

Die Europäische Zentralbank kündigt an, dass griechische Staatsanleihen mit einem Abschlag von 5% als Sicherheiten hinterlegt werden können.

Dodd-Frank Act

25. Juni: Der Kongress der USA einigt sich auf die Dodd-Frank Act, eine umfassende Finanzmarktreform. Künftig werden ein Großteil der Termingeschäfte, der Handel mit Swaps, Optionen und anderen Derivaten über Börsen oder Clearingstellen abgewickelt. Großbanken dürfen in den USA diesen Handel mit Derivaten auf Devisen und Leitzinssätze und zur Absicherung von Risiken auch in Zukunft durchführen, abgeschlossen sind künftig Kontrakte auf Agrarprodukte, Energie und Metalle. Der Eigenhandel mit Finanzprodukten wird den Banken verboten. Die Einführung eines Insolvenzverfahrens für Finanzinstitute soll in Zukunft die Abwicklung von Bankkonkursen ermöglichen. Die Interessen von Privatkunden werden von einer Verbraucherschutzbehörde geschützt, die Vorgaben für Kreditkarten und Hypotheken erlässt. Die Kreditkartengebühren werden gesenkt. Ein Kontrollorgan, bestehend aus Vertretern der wichtigsten Aufsichtsbehörden, wird die gesamte Finanzbranche überwachen. Eine Registrierung von Hedgefonds (nicht für Kapitalfonds) sowie die Offenlegung

⁴⁾ Monti, M., A New Strategy for the Single Market. At the Service of Europe's Economy and Society, Report to the President of the European Commission, Brüssel, 2010, http://ec.europa.eu/bepa/pdf/monti_report_final_10_05_2010_en.pdf.

⁵⁾ Europäische Kommission, Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und die Europäische Zentralbank. Regulierung der Finanzdienstleistungen für nachhaltiges Wachstum, Brüssel, 2010, KOM(2010) 301 endgültig, http://ec.europa.eu/internal_market/finances/docs/general/com2010_de.pdf.

ihrer Geschäftsbücher sind vorgesehen. Die Eigenkapitalerfordernisse für Banken werden hinaufgesetzt, damit die Institute Krisen künftig leichter bewältigen können. Die Krisenhilfe der Notenbank wird extern überprüft, davon ausgenommen ist die Zinspolitik. Probleme wie die Kontrolle der Ratingagenturen und die Neustrukturierung der Hypothekarbanken Fannie Mae und Freddie Mac sollen gesondert behandelt werden.

26.-27. Juni: In Toronto findet das G-20-Treffen statt. Der aktuelle Wirtschaftsaufschwung sei stärker als gedacht, falle jedoch zwischen den Weltregionen unterschiedlich aus und weise weiterhin Risiken auf. Insbesondere die Schuldenentwicklung einiger Länder berge ein solches Risiko.

Die Länder legen fest, die Haushaltsdefizite bis 2013 zu halbieren. Die Quote der Staatsverschuldung am BIP soll bis 2016 mindestens stabilisiert, wenn nicht gesenkt werden. 2010 sollen die geplanten Stimulierungsmaßnahmen durchgeführt werden, um das Wirtschaftswachstum zu stabilisieren. Ab 2011 folgt eine wachstumsfreundliche Konsolidierung. Reformen des Finanzmarktes, wie neue Regeln für Banken oder eine verbesserte Aufsicht über die Akteure, Märkte und Produkte, werden auf den Herbstgipfel verschoben. Auch mit einer Neuregelung der Eigenkapital- und Liquiditätsregelung für Finanzinstitute (Basel III) kann frühestens auf dem Gipfel in Seoul Ende 2010 gerechnet werden. Gemeinsam legen die Länder Prinzipien zur Bewältigung künftiger Krisen fest. Die Interessen der Bevölkerung sollen geschützt, Risiken im Finanzsektor reduziert und die Kreditvergabe in jeder Wirtschaftslage aufrechterhalten werden. Über die gemeinsame Einführung einer Bankenabgabe wird keine Einigung erzielt. Auch über die Einführung einer weltweiten Finanztransaktionssteuer herrschen große Meinungsunterschiede, sodass sie nach derzeitigem Stand nicht umgesetzt werden kann.

30. Juni: China und Taiwan unterzeichnen ein "Economic Cooperation Framework Agreement" (ECFA), mit dem die Zölle in über 800 Produktkategorien abgebaut werden. Dieses wirtschaftliche Kooperationsabkommen sieht auch die gegenseitige Öffnung des Dienstleistungssektors vor.

G-20-Treffen

Economic Cooperation Framework Agreement

Der Strategiebericht der Bundesregierung zum Bundesfinanzrahmengesetz legt die Grundzüge der Budgetkonsolidierung bis 2014 fest. Das Bundesfinanzrahmengesetz legt die Obergrenzen der öffentlichen Ausgaben und die Einnahmen bis 2014 fest, um das Maastricht-Defizit des Bundes auf 1,9% 2014 zu senken. Die Beteiligung Österreichs mit bis zu 15 Mrd. € an einem Rettungspaket für hochverschuldete Euro-Länder wird vom Parlament bestätigt.

Österreich

20. April: Die Bundesregierung legt den Strategiebericht 2011 bis 2014 gemäß § 12 Z. g BHG dem Nationalrat vor. Für die Budgetkonsolidierung gelten folgende Grundsätze:

Strategiebericht 2011 bis 2014

- Das gesamtstaatliche Maastricht-Defizit wird bis 2014 schrittweise von 4,7% (2010) auf 2,3% (2014) des BIP gesenkt, das Maastricht-Defizit des Bundes von 4,1% (2010) auf 1,7% des BIP (2014). Dabei wird die gesamtstaatliche Verschuldungsquote trotz des Rückgangs des Defizits zunächst weiter steigen, wenn auch mit geringerer Dynamik; sie stabilisiert sich ab 2013 bei gut 74% des BIP.
- 60% der Konsolidierungsmaßnahmen erfolgen ausgabenseitig über Einsparungen, 40% über die Einnahmenseite.
- Wegen des hohen Konsolidierungsbedarfs müssen alle Ausgabenbereiche einen wesentlichen Beitrag leisten.
- Um mittel- und langfristig die öffentlichen Haushalte zu entlasten und die Qualität der öffentlichen Verwaltung zu verbessern, werden Strukturreformen begonnen.
- Alle Ausgabenpositionen sind im Sinne einer umfassenden und ausgewogenen Budgetkonsolidierung auf Einsparungsmöglichkeiten zu prüfen. Die gesetzlich vorgegebenen Ausgabenblöcke müssen systematisch auf ihre Zweckmäßigkeit und Angemessenheit überprüft werden.
- Auf allen Ebenen soll die Effizienz staatlicher Leistungserstellung weiterhin gesteigert werden. Die Produktivitätsfortschritte sind im öffentlichen Sektor zu nutzen,

um eine kosteneffiziente Verwaltung und hochwertige Dienstleistungen weiterhin sicherzustellen und auszubauen.

- Der Personalstand des Bundes wird weiter konsolidiert. Grundlage für die ressortspezifischen Personaleinsparungen ist die halbe Pensionierungsquote unter Berücksichtigung spezieller Erfordernisse.
- Neben der Budgetkonsolidierung steht die Verbesserung der Qualität der Staatsausgaben im Mittelpunkt. In diesem Sinne werden Bildung und Forschung im Rahmen der Konsolidierungsstrategie bevorzugt. Ebenso werden die Ausgaben für die innere Sicherheit und für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen weniger verringert als andere Bereiche.
- Bei Festlegung der Einzelmaßnahmen ist besonders auf Wachstums- und Beschäftigungseffekte sowie auf soziale Ausgewogenheit Rücksicht zu nehmen.
- Die einnahmenseitigen Maßnahmen sollen die Auswirkungen auf Wirtschaftswachstum, Beschäftigung, Verteilung und den Wirtschaftsstandort berücksichtigen.
- Über den Konjunkturzyklus sollen das strukturelle Defizit beseitigt und die Verschuldungsquote auf ein nachhaltiges Maß gesenkt werden.

Die Ausgabenobergrenzen der fünf Rubriken zeigt Übersicht 1.

Übersicht 1: Bundesfinanzrahmen 2009 bis 2014

	Vorläufiger Erfolg		Bundesfinanzrahmengesetz			
	2009	2010	2011	2012	2013	2014
	Mio. €					
Ausgabenobergrenzen gemäß Bundesfinanzrahmengesetz	69.456	70.817	69.099	70.144	70.931	72.253
R 0, 1 Recht und Sicherheit	7.510	8.007	7.920	7.831	7.900	7.881
R 2 Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie	31.462	33.010	32.650	32.924	33.297	33.775
R 3 Bildung, Forschung, Kunst und Kultur	11.363	11.870	11.766	11.754	11.803	11.823
R 4 Wirtschaft, Infrastruktur und Umwelt	12.095	9.120	7.744	8.014	7.862	8.165
R 5 Kassa und Zinsen	7.026	8.811	9.019	9.622	10.070	10.609
Einnahmen	62.371	57.592	58.885	61.558	63.877	66.135
Saldo (administrativ)	7.086	13.226	10.214	8.587	7.053	6.118
	In % des BIP					
Saldo (administrativ)	2,6	4,7	3,5	2,9	2,3	1,9
Maastricht-Defizit des Bundes ¹⁾	2,7	4,1	3,4	2,8	2,1	1,7
Maastricht-Defizit des Staates ¹⁾	3,4	4,7	4,0	3,3	2,7	2,3
Öffentliche Verschuldung ¹⁾	66,5	70,2	72,6	73,8	74,3	74,2

Q: Bundesministerium für Finanzen, http://www.bmf.gv.at/Budget/Frderungsberichte/Bundesfinanzrahmen2_11088/Strategiebericht_2011_Internet.pdf. – ¹⁾ 2009 laut Statistik Austria, ab 2010 laut Bundesministerium für Finanzen.

Bundesfinanzrahmengesetz 2011 bis 2014

Rettungspaket für Euro-Länder

19. Mai: Der Nationalrat beschließt das Bundesfinanzrahmengesetz 2011 bis 2014 (BFRG 2011/2014). Dieses legt für die Jahre 2011/2014 die Obergrenzen für die Ausgaben des Bundes auf Ebene der Rubriken fest und regelt die Grundzüge der Personalplanung. Die Ausgaben sollen demnach deutlich gekürzt werden; bis 2014 werden 2.917 Planstellen gestrichen.

Der Nationalrat stimmt den Gesetzesnovellen zum Zahlungsbilanzstabilisierungsgesetz (ZaBiStaG) und zum Interbankmarktstärkungsgesetz zu und ermöglicht damit eine Beteiligung Österreichs am insgesamt 750 Mrd. € umfassenden Rettungspaket für Euro-Länder in Zahlungsschwierigkeiten (siehe dazu weiter oben, 10. Mai und 7. Juni). Der Finanzminister ist somit ermächtigt, bis zu 15 Mrd. € an Garantien zur Stabilisierung des Euro-Kurses zu übernehmen; die Haftungen werden dafür aus dem Bankenpaket umgeschichtet. Im Rahmen der Finanzhilfe an Griechenland ist ein Darlehen über 2,3 Mrd. € vorgesehen, das in Tranchen ausgezahlt werden soll.